

Eine Bereicherung oder eine Zumutung?

ZÜRICH. Seit 2006 existiert im Kanton ein neues Volksrecht: das konstruktive Referendum. Soll man es abschaffen oder beibehalten? Ein Streitgespräch zur Abstimmungsvorlage.

GESPRÄCHSLEITUNG: THOMAS SCHRANER

Weshalb halten Sie das konstruktive Referendum für unverzichtbar?

Andreas Gross: Direkte Demokratie ist mehr als Ja oder Nein sagen. Schon seit 100 Jahren kennen wir die Volksinitiative und den Gegenvorschlag. Das konstruktive Referendum ist dazu die Zwillingschwester. Sie gibt Bürgerinnen und Bürgern aus dem Volk die Möglichkeit, zu einer Vorlage des Parlamentes einen Gegenvorschlag zu machen. Damit haben die Stimmenden nicht nur die Möglichkeit, Nein zu sagen, wie beim normalen Referendum. Wenn ihnen ein Detail in der Vorlage nicht passt, kann eine Variante eingebracht werden.

Claudio Zanetti: In der Theorie mag das Sinn machen, in der Praxis aber nicht. Das Parlament ist meistens besser mit der Materie vertraut als das Volk. Man darf das Parlament nicht von der Aufgabe entbinden, taugliche Vorlagen zu erarbeiten, indem es Auswahlendungen präsentiert. Zudem zeigt die Erfahrung, dass es nicht «das Volk» ist, das das konstruktive Referendum nutzt. Es sind Funktionäre von Verbänden und Lobbyorganisationen oder Politiker. Leute, deren Vorschläge im Parlament gescheitert sind, wittern eine zweite Chance.

Gross: Es gibt viele Bürgerinnen und Bürger, die sich mit der Materie genau so vertraut machen wie Politiker. Das Argument, das Volk verstehe weniger, verwenden Leute, welche die parlamentarische Demokratie der direkten vorziehen. Dass Politiker dieses Volksrecht auch benutzen, ist normal. Parteien brauchen es, wenn sie das Gefühl haben, zu wenig Einfluss gehabt zu haben. In den acht Fällen, in denen es benutzt wurde, waren es zweimal Gewerkschaften, sechsmal Parteien von links bis rechts und einmal Oberärzte. Es zeigte sich, dass sich gute Kompromisse nicht so einfach knacken lassen.

Zanetti: Es geht den Befürwortern gar nicht um die Verfeinerung oder Erweiterung der Volksrechte. Wäre es so, hätten sie vielen anderen Vorschlägen von uns zugestimmt. Dazu gehört die Volkswahl des Bundesrates oder die Demokratie bei Einbürgerungen. Gegen all das wehrten sich die Befürworter.

Gross: Es geht hier um die Demokratisierung der Demokratie. Die meisten ihrer Vorschläge bedeuten aber das Gegenteil.

Is it not missbräuchlich, wenn unterlegene Gruppen Kompromisse und Paketlösungen, die in Kommissionen gefunden wurden, mit dem konstruktiven Referendum angreifen?

Gross: Überhaupt nicht. Mit Päcklilösungen, die ich grundsätzlich ablehne, versucht man immer wieder, den Leuten Dinge unterzububeln, die sie nicht wollen. Mit dem konstruktiven Referendum lässt sich dies verhindern. Es gehört zur Grundidee der direkten De-



Flammender Befürworter und überzeugter Gegner: Andreas Gross (links) und Claudio Zanetti streiten über den Sinn des Referendums mit Gegenvorschlag. Bild: Marc Dahinden

mokratie, dass niemand in der Gesellschaft überhört werden soll. Das konstruktive Referendum gibt nun jenen, die das Gefühl haben, überhört worden zu sein, das Recht, sich zu wehren. Das Wissen darum führt dazu, dass Parlamentarier sich um solide Verständigungslösungen bemühen müssen. Es stärkt die Kompromissbereitschaft und die Kompromissfähigkeit.

Zanetti: Im Gegenteil: Es bietet eine Plattform, die es ermöglicht, Kompromisse anzugreifen. Es hilft jenen, die ihre Anliegen retten wollen. Heute droht man bereits in den Kommissionen häufig mit dem konstruktiven Referendum. Ferner führt das Instrument zu Unklarheiten, was Gift ist für die Demokratie. Am Resultat am Abstimmungssonntag darf es nichts zu rütteln geben. Die Variantenabstimmungen schaffen jedoch Raum für allerhand Interpretationen und Spekulationen.

Gross: Dass es zu Variantenabstimmungen kommt, ist nicht allein dem konstruktiven Referendum zuzuschreiben. Und dass man viel zu oft droht, ist ganz normal. Die Erfahrung im Kanton Zürich hat gezeigt, dass in sechs von acht Fällen die Kompromisse, die im Parlament geschnürt wurden, gehalten haben.

Zanetti: Komisch: Sie loben ein Instrument mit dem Argument, dass es bisher stets erfolglos war.

Gross: Das erfolgreichste Referendum ist jenes, das gar nie zustande kommt. Darin steckt eine tiefe Wahrheit.

Zanetti: Für mich zeigt sich damit nur, dass es überflüssig ist.

Gross: Eben nicht. Denn die Existenz dieses Rechtes führte zu diesem Ergebnis – zum soliden Kompromiss.

Zanetti: Wer das normale Referendum ergreift, riskiert, auf die Nase zu fallen. Beim konstruktiven Referendum aber riskiert man gar nichts. Im Gegenteil: Man erhält eine zweite Chance. Ich gebe es zu: Auch wir von der SVP nutzen beim Sozialhilfegesetz die Möglichkeit, auf diese Weise ein Gesetz noch etwas in unserem Sinne zu verbessern. Aus staatspolitischer Warte muss man das als Rosinenpickerei kritisieren.

Gross: Das konstruktive Referendum lädt ein, nicht einfach Nein zu sagen, sondern sich zu überlegen, wie man es besser machen könnte. Die SVP wollte beim Sozialhilfegesetz einfach einen draufgeben. Aber das Volk stoppe sie und sagte: genug. Der im Parlament gefundene Kompromiss erwies sich also solide genug.

Warum geben Sie dem Instrument nicht mehr Zeit und wollen es schon nach sechs Jahren wieder abschaffen?

Zanetti: Weil das Problem struktureller Natur ist. Es bringt nichts, noch 50 Jahre zu warten bis zur Abschaffung. Irgendeinmal kommt der Fall, an dem vier oder fünf konstruktive Referenden zu einer Vorlage eingereicht werden. Dann wird es undurchführbar. Schon beim Steuergesetz gab es theoretisch ja

729 Kombinationsmöglichkeiten, wenn auch viele unlogische darunter. Niemand kann das erfassen.

Gross: Aber das Resultat der Abstimmung war in sich völlig logisch. Man muss dem konstruktiven Referendum mehr Zeit geben. In einigen Jahren wird es sich eingespült haben. Und es wird sich dann herausgestellt haben, dass es sich nicht immer lohnt, dieses Instrument zu ergreifen. Das ist bei jedem Volksrecht so, es muss sich einpendeln. Natürlich hat es Anfangsschwierigkeiten gegeben. Als man es einführt, begrenzte man zum Beispiel die Zahl der Gegenvorschläge nicht. Ich könnte mir vorstellen, dies in einem Ausführungsgesetz noch zu tun. Eine Begrenzung etwa auf zwei Gegenvorschläge pro Abstimmungstermin.

Zanetti: Das wäre zwar ein Schritt in die richtige Richtung, löst aber das strukturelle Problem nicht. Das fand auch die kantonsrätliche Kommission, die vermeintliche Verbesserungsvorschläge rasch wieder verwarf.

Gross: Die Kommission hätte vor ihrem Entscheid wenigstens die Mitglieder des Verfassungsrates, die es eingeführt haben, konsultieren sollen. Denn

meine Kollegen und ich arbeiteten sehr lange daran. Es war respektlos, es ohne Konsultation einfach wieder zu kippen. Ich bin auch enttäuscht von der Regierung, die ihre Meinung geändert hat und jetzt für die Abschaffung ist. Sie zeigt damit, dass sie nicht viel von direkter Demokratie versteht.

«Mit dem konstruktiven Referendum lässt sich die Päcklipolitik verhindern»

Andreas Gross, Nationalrat SP

Bestreiten Sie, dass das konstruktive Referendum vom Volk mehr Anstrengung verlangt?

Gross: Nein, aber die Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind sich dies gewohnt. Sie haben ein viel höheres politisches Bewusstsein als manche Bürger in Frankreich und Deutschland, weil sie viermal im Jahr abstimmen. Der Hauptgrund für den grösseren Aufwand sind aber die schwierigen Inhalte. So etwa bei der Sterbehilfe oder bei Steuerfragen. Vom Inhalt auf die Verfahren zu schliessen ist falsch. Kumulieren und Panaschieren beim Wählen ist auch kompliziert. Aber wenn man sich ein bisschen damit befasst hat, ist es einfach zu handhaben.

Zanetti: Natürlich ist das Volk komplizierte Inhalte gewöhnt. Deswegen sollte man erst recht nicht auch noch das Verfahren erschweren. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben das Recht, bei Abstimmungen nicht in die letzten Details steigen zu müssen. Für diese Aufgabe wählen sie den Kantonsrat. Die Bürger haben durchaus andere Instrumente, ihre Anliegen einzubringen: Die Initiative, das Referendum oder die Einzelinitiative.

FAKTEN ZUM UMSTRITTENEN VOLKSRECHT

■ **SVP, FDP, CVP und BDP** wollen das konstruktive Referendum wieder abschaffen. Dagegen wehren sich **SP, Grüne, GLP, EVP und EDU**. Am 23. September entscheiden die kantonalen Stimmberechtigten darüber.

■ **Initiiert** hat das konstruktive Referendum der Verfassungsrat. Mit der Zustimmung zur Verfassung im Februar 2005 sagte das Volk auch Ja zum neuen Volksrecht. Das konstruktive Referendum funktioniert so: 3000 Personen können innert 60 Tagen Unterschriften sammeln

für einen ausformulierten Gegenvorschlag zu einer kantonsrätlichen Vorlage. Seit die Verfassung 2006 in Kraft getreten ist, sind acht solche Referenden mit Gegenvorschlag eingereicht worden.

■ **Die Debattierer:** Andreas Gross (SP) ist Nationalrat und Demokratieexperte. Er gehörte im Verfassungsrat zu den profiliertesten Promotoren des neuen Volksrechts. Claudio Zanetti (SVP) ist Kantonsrat. Er reichte 2009 die entscheidende Parlamentarische Initiative zur Abschaffung ein. (tsz)

Wählen Sie Ihren News-Mix:

www.
Landbote.ch

MEINE HAUSTÜRE

WINTERTHUR

INTERNATIONAL